

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

24. Mai 2007

PRESSEERKLÄRUNG

EU-Ratspräsidentin Merkel soll rumänischen Präsidenten Basescu verurteilen Rose: „Zigeuner“-Beschimpfung ist Verstoß gegen EU-Vertrag

Die Ratspräsidentin der Europäischen Union, Bundeskanzlerin Angela Merkel, soll den rumänischen Präsidenten Traian Basescu wegen dessen Bezeichnung einer Journalistin als „stinkende Zigeunerin“ offiziell gemäß dem EU-Vertrag verurteilen und abmahnen. Das verlangte heute der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, in einem Schreiben an die Ratspräsidentin. Er verwies dabei auf Artikel 6 des EU-Vertrages, der die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit“ allen Mitgliedstaaten vorschreibt.

Die Äußerung von Präsident Basescu offenbare eine von Hass bestimmte Ablehnungshaltung gegen die seit jeher in dem Land beheimatete nationale Minderheit der 2-3 Millionen rumänischen Roma, schrieb Rose. Aufgrund einer Hetzstimmung, verursacht durch Polizei, Justiz und andere Behörden, die gewalttätige Übergriffe und Hasspropaganda nicht entsprechend verfolgten, sei der Rassismus gegen Roma in dem osteuropäischen Land weit verbreitet, beklagte der Zentralratsvorsitzende. Er erinnerte Merkel an die Verurteilungen des Staates Rumänien durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, weil sich staatliche Stellen weigerten, die für Brandanschläge und Morde verantwortlichen Täter aus der Bevölkerung und aus dem Behördenapparat zur Verantwortung zu ziehen. Die letzte dieser Verurteilungen Rumäniens erfolgte im Juli vergangenen Jahres.

Die lapidare Entschuldigung aus dem Büro des Präsidenten, der rassistische Ausdruck sei „unpassend“ für die Journalistin gewesen, sei nicht akzeptabel, schrieb Rose. Mit der zynischen Erklärung eines Sprechers des Präsidenten, er würde „den Beitrag der Gemeinschaft der Roma zur Demokratie im Land schätzen“, könne es nicht getan sein, so Rose, angesichts der tatsächlichen staatlichen Politik gegenüber dieser Minderheit. Denn Rumänien setze vorhandene EU-Fördermittel vielfach nicht in Gebieten mit Roma-Bevölkerung zur Verbesserung von deren Lage und der regionalen Infrastruktur ein. Die verantwortlichen Politiker unternähmen öffentlich nichts zur ernsthaften Eindämmung von Rassismus und Vorurteilen gegen Roma, heißt es in Roses Brief.